

Calmer Tagblatt

Nr. 113.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

91. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einpaltige Zeile 10 Pf., außerhalb desselben 12 Pf., in den übrigen Bezirken 15 Pf. Schluss für Inseratannahme 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Dienstag, den 16. Mai 1916.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.25 vierteljährlich, Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortverkehr Mk. 1.20, im Fernverkehr Mk. 1.30. Bestellgeld in Württemberg 30 Pf., in Bayern und Reich 40 Pf.

Eine Anfrage der Entente bei Rumänien in Sicht.

Die Spekulation auf unsern wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Ueber die Methoden, die England eronnen hat, Deutschland durch Aushungerung und Erschöpfung niederzuringen, brauchen wir nicht mehr viel zu sagen, sie sind alle hinlänglich bekannt: die völkerrechtswidrige Blockadeerklärung Deutschlands, die den neutralen Handel nach der deutschen Küste auszuschließen sucht, die Freijagd der Neutralen unter die englischen Ueberseeträfte in ihren eigenen Ländern, die darüber wachen, daß nichts nach Deutschland weitergeht, was England gnädigst einzuführen gestattet hat, das sind so die Hauptpunkte, mit denen die Entente rechnet, wenn sie von der endgültigen Niederwerfung Deutschlands träumt, die ihr durch den Erfolg der Waffen nicht beschieden war. Es kommt dazu, daß die Regierung der Vereinigten Staaten diesen Plan indirekt unterstützt, weil sie als einziger Machtfaktor unter den Neutralen keinerlei Schritte getan hat, um die neutralen Verkehrs- und Handelsrechte zur Geltung zu bringen, und weil sie andererseits Deutschland, das wirksame Gegenmaßregeln traf, die größten Schwierigkeiten bereitet, indem die deutsche Regierung aus Gründen der Staatsflugheit vorerst nicht mit vollem Erfolg die deutschen Waffen in Anwendung bringen kann, die geeignet wären, den Engländern dasselbe Schicksal zu bereiten, das sie uns zugebracht haben. Allerdings ist der Entente diese wirtschaftliche Blockade nicht ganz gelungen. Erstens haben unsere Heere bekanntlich den Weg nach der Türkei und dem Orient frei gemacht, von woher für dieses Jahr besonders an Nahrungsmitteln beachtenswerte Mengen erwartet werden, weil namentlich in der Türkei alle Kräfte angespannt wurden, soviel wie möglich den Anbau von Nahrungsmitteln zu erweitern. Zweitens hat Rumänien, das große Getreideland, mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein Abkommen abgeschlossen, das diesen Staaten gegen Warenaustausch einen großen Teil des rumänischen Getreides sichert, wenn es auch den Engländern gelungen ist, größere Getreidemengen den Zentralmächten dadurch zu entziehen, daß sie einfach zu höchsten Preisen Getreide aufkauften, und, da man es nicht ausführen konnte, die Händler verpflichtete, das Getreide in ihren Lagerhäusern aufzubewahren, bis es — unbrauchbar wurde. Jetzt haben die englischen Agenten der Genossenschaft rumänischer Müller vorgeschlagen, ihren Mahlbetrieb für 4 Monate einzustellen, für das Richtarbeiten würden sie reichlich entschädigt werden. Auch sollen sie dazu bestimmt werden, die Verträge, die sie mit den Zentralmächten zwecks Lieferung von 9000 Wagen Mehl geschlossen haben, zu brechen; für diesen Vertragsbruch sollen sie ebenfalls entschädigt werden durch Zahlung der Vertragsstrafen. Man sieht also, die Entente geht aufs Ganze; und dabei ist ihr kein Preis zu teuer. Es fragt sich nun, was die rumänische Regierung gegenüber diesen Manipulationen zu tun beabsichtigt, die geeignet sind, ihr Abkommen mit den Zentralmächten in seiner praktischen Wirkung illusorisch zu machen. Es hat den Anschein, als werde sie solchen den guten Sitten eines Geschäftsmannes Hohn sprechenden Geschäften, die zudem auch als unfreundlicher Akt gegenüber den Zentralmächten ausgelegt werden könnten, nicht auch noch die staatliche Sanktion geben. Heute schon lassen die Nachrichten aus dem Ententelager die Vermutung zu, daß man über die Durchbrechung der wirtschaftlichen Blockade seitens Rumäniens sehr ungehalten ist, und daß man hinter dem Wirtschaftsvertrag nicht nur wirtschaftliche, sondern hochpolitische Abmachungen sucht. Es wird schon seit einiger Zeit davon gesprochen, daß die Russen große Truppenmassen an der rumänischen Grenze festgelegt haben, und heute kommt die bedeutsame Meldung der Petersburger Regierung, daß die Entente beabsichtigt, über die Natur des Abkommens mit den Zentralmächten von der rumänischen Regierung Auskunft zu fordern. Wenn wir uns vorgegenwärtigen, wie seinerzeit Bulgarien drangaliert wurde, bis es endlich seine

Rumänien und die Entente.

(W.B.) Petersburg, 16. Mai. Alle Petersburger Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung aus dem Prezbureau des Ministeriums des Auswärtigen, in der es heißt, die Handelsverträge Rumäniens mit den Mittelmächten überschritten offensichtlich den Rahmen rein kommerzieller Abmachungen und hätten nach der Auffassung leitender russischer Kreise größere politische Bedeutung, obgleich die rumänische Regierung dies in Abrede stelle. Daher hätten die Verbandsmächte Schritte für nötig gehalten, um die Umstände genau zu erfassen, die zu dem Abschluß des rumänischen Handelsabkommens mit den Mittelmächten geführt haben.

Russische Truppenansammlungen an der rumänischen Grenze.

Bajel, 14. Mai. Wie die „Basler Nachrichten“ aus Bukarest melden, erscheinen in der rumänischen Presse Alarmanachrichten über eine neue Ansammlung russischer Truppen im Bereiche der Donaugrenze Rumäniens. Der „Wittorol“ meldet eine Stärke dieser Truppen, die annähernd das Doppelte jener in der ersten kritischen Periode sei.

„Haltung“ klar zeigen mußte, weil die „Beschützer der Heinen Staaten“ die bulgarische Regierung durch ein Ultimatum dazu zwangen, so kam man sich ja einen Bers darauf machen, auf welche Weise sich die Entente Aufklärung verschaffen will. Allerdings wird man annehmen können, daß die Herren sich im Ton etwas mäßigen, denn ein Fiasto ähnlich wie bei Bulgarien könnte die Entente heute gar nicht brauchen, umso weniger, da man auch Griechenland schon bis ans Ende seiner Geduld gebracht zu haben scheint, und erst kürzlich ein verschleierte Defensivvertrag dieser beiden Staaten bekannt geworden ist. Ein Beispiel analog dem rumänischen bezüglich des Getreideaustauschs wird auch aus Norwegen gemeldet; die Höfen der norwegischen Westküste seien überfüllt von Hunderttausend von Tonnen Seringe und Dorsch, die für englische und französische Rechnung angekauft und bezahlt, aber nicht abgenommen wurden. Die Vorräte verfaulen und verperren die Hafenanlagen. Wahrscheinlich der Mangel an Schiffsraum und die U-Bootsgefahr haben die Ueberführung ins Bestimmungsland bisher unmöglich gemacht. Das sind ja bekanntlich die Hauptgründe, warum England von den Neutralen verlangt, daß sie ihm einen Teil ihres Schiffsraums zur Verfügung stellen, wenn sie englische Kohle wollen. Die holländische Regierung soll sich geweigert haben, dieses englische Verlangen anzuerkennen, und hat, wie man hört, die Lebensmittelzufuhr nach England verboten, bis England seine Forderung und auch die Erklärung deutscher Kohle als Bannware zurücknimmt. Falls sich diese Nachricht bestätigt, wäre die Weiterentwicklung der Angelegenheit sehr interessant, besonders auch, wenn man sich erinnert, daß die Entente Holland doch veranlassen wollte, gegen Deutschland seine Grenzen vollständig zu sperren.

Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten, denen die Entente bei ihren Plänen zur vollständigen Abschließung Deutschlands begegnete, es kommt doch schließlich auf uns selbst an, wie wir diesen Hieb der Entente abwehren, mit dem sie glaubt, uns tödlich treffen zu können. Das erreichen wir durch eine Zusammenfassung aller inneren Kräfte, durch sparsame und geregelte Wirtschaft auf allen Gebieten, besonders aber auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, von dem die Entente sich einredet, daß es unsern empfindlichsten Punkt darstellt. Wir haben von Beginn des Krieges an im Innern nicht so gewirtschaftet, wie es im Interesse unserer Landesverteidigung zu wünschen gewesen wäre, sei es, daß man nicht mit einer so langen Dauer des Krieges rechnete, sei es, daß man zuviel Rücksicht auf einzelne In-

teressentrente nahm, sei es auch aus der zu Anfang vielfach zu Tage getretenen Furcht vor den sozialistischen Tendenzen einer rationalen Organisation unserer wirtschaftlichen Kräfte. Um aber auch die letzten Hoffnungen unserer Feinde zu schanden zu machen, müssen wir jetzt, ohne Rücksicht auf einzelne Profitgucht danach streben, unsere gesamte Volkswirtschaft so zu regeln, daß die Produktion, der Handel und Verbrauch in vollständigen Einklang miteinander gebracht werden, damit alle vorhandenen Kräfte und Mittel nur zu dem einen Zweck in Anwendung gebracht werden, die Aufrechterhaltung unseres wirtschaftlichen Organismus zu gewährleisten und unsere Volksernährung sicherzustellen. Eine solche Organisation steht bevor; und wenn dann alle Faktoren zusammenarbeiten, wie dies vorgeesehen ist, dann wird auch der uns aufgezwungene Wirtschaftskrieg mit einem Sieg Deutschlands enden. O. S.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutschen amtlichen Meldungen.

W. Z. V. Großes Hauptquartier, 15. Mai. (Amtlich). Westlicher Kriegsschauplatz: An vielen Abschnitten der Front war die beiderseitige Artillerie- und Patronillentätigkeit lebhaft. Versuche des Gegners, unsere neu gewonnene Stellung bei Hüllsch wieder zu nehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserem Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt. Im Kampfgebiet der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhange des „Toten Mann“ und beim Gailletwald mühevoll abgewiesen.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz: Keine besonderen Ereignisse. Oberste Heeresleitung.

Oesterreichischer Tagesbericht.

(W.B.) Wien, 15. Mai. Amtliche Mitteilung vom 15. Mai, mittags:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz. Gestern nachmittag entwidelten sich in mehreren Abschnitten lebhafteste Artilleriekämpfe, die auch heute fortbauern. Nachts belegten unsere Flieger die Adriawerte bei Monfalcone, den Bahnhof von Cervignano und sonstige militärische Anlagen ausgiebig mit Bomben. Alle Flugzeuge kehrten unversehrt zurück. Westlich von San Martino warf unsere Infanterie den Feind aus seinen vorgeschobenen Gräben und schlug mehrere Gegenangriffe ab. Vorstöße der Italiener nördlich des Monte San Michele brachen zusammen. Die Stadt Görz stand abends unter Feuer. Auch nördlich des Tolmeiner Brückentopfes drangen unsere Truppen mehrfach in die italienischen Gräben ein.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See. Am 13. Mai nachmittags hat ein Geschwader von Seeflugzeugen militärische Anlagen Balonas und der Insel Sageno erfolgreich mit Bomben belegt und ist trotz sehr heftigen Abwehrfeuers wohlbehalten eingerückt.

Die Türken erfolgreich im Kaukasus.

Wien, 15. Mai. Die „Wiener Mittagszeitung“ meldet aus Bukarest: Die Petersburger offizielle Westnik-Agentur gibt in ihren Meldungen zu, daß die Türken auf ihrem Vormarsch erfolgreich seien. Westlich von Astarai kam es zu heftigen Kämpfen, wobei die Türken die russischen Abteilungen umzingelten. Die bedrohten Russen verteidigten ihre Stellungen verzweifelt. Auch in der Richtung Erzingjan haben die Türken die Offensive angenommen.

Der russische Kaukasusbericht.

(WTB.) Petersburg, 15. Mai. Amtlicher Bericht vom 14. Mai: Kaukasus: Die auf Baiburt angelegten Kolonnen schlugen überall türkische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind ab. In Richtung Erzingjan zogen die Türken bei Ahskala beträchtliche Kräfte zusammen und griffen dann an. Nach eintägigem, erbittertem Kampfe gelang es ihnen, unsere Vortruppen stellenweise zurückzudrängen. Unser Feuer fügte ihnen jedoch so große Verluste zu, daß sie den weiteren Angriff aufgeben mußten. Auf Mossul vorgehend, besetzten unsere Truppen die Gegend von Nowenduz in Mesopotamien (135 Kilometer östlich Mossul). Dort ließen die geschlagenen feindlichen Kräfte bei ihrem fluchtartigen Rückzug 3 Geschütze stehen, ferner eine Menge Gewehre, Artillerie- und Infanteriemunition und die Kanäle eines türkischen Detachements.

Feindliche Bluffpolitik.

Grey der unentwegte Heuchler.

(WTB.) London, 14. Mai. In einer Unterredung mit dem Londoner Vertreter von „Chicago Daily News“ am 10. Mai erklärte Staatssekretär Grey: Die preussische Truppe in Westeuropa mit Einschluß Englands wird nicht handhaben. Wir Alliierten kämpfen für ein freies Europa (Freie Irland), frei von Kriegsgefahr und beständigem Säckeltrasseln. Wir glauben, daß wenn guter Wille vorhanden ist, die Streitigkeiten der Völker durch internationale Konferenzen geschlichtet werden können. Ist das Unheil der Kriegsmethode nicht endgültig erwiesen? Die Konferenz, die wir vorschlagen, oder das vom Zaren vorgeschlagene Haager Schiedsgericht hätte den Streit in etwa einer Woche beendet, und all dieses Unglück wäre abgewandt worden und hätte dauernde Grundlagen eines internationalen Friedens festlegen können. Mit Nachdruck bestritt Grey, daß vor dem Kriege eine Koalition gegen Deutschland bestand, oder daß ihm der Krieg aufgezwungen worden sei. Belgien war ein Bollwerk, das Deutschland, Frankreich und den europäischen Krieg schützte, aber Deutschland wünschte nur ein zerstörtes und zerstörtes Bollwerk. Der Reichskanzler sagt jetzt, es könne keinen status quo ante geben. Danach wäre also die Unabhängigkeit Belgiens, Serbiens und Montenegros dahin, wenn die Alliierten nicht wieder aufhelfen könnten. Wir sagen zu Deutschland: Gebt den Nationalitäten wirkliche Freiheit und leistet Ersatz für das zugefügte Unrecht, soweit er geleistet werden kann. — Grey fuhr fort: Das Abkommen mit Frankreich und Rußland geschah nicht in feindseliger Absicht gegen Deutschland, sondern nur um einem dauernden Frieden eine Bahn zu schaffen. Wir wünschen einen Frieden, der Gerechtigkeit schafft und die Achtung vor dem Weltvölkerrecht wieder herstellt. Die Behauptung des Reichskanzlers, daß England das einige und freie Deutschland zu zerstören wünsche, ist haltlos. Wenn die Menschheit aus diesem Kriege nicht lernt, Kriege zu vermeiden, wird der Kampf vergeblich gewesen sein. Die Deutschen haben für jede Form des Angriffs auf das menschliche Leben weit das Tor geöffnet: Die Verwendung giftiger Gase, die Treibminen, die Zeppeline, die Unterseeboote, und haben alle diese Dinge angewandt unter Verachtung von Gesetz und Methode. Die preussischen Machthaber haben augenscheinlich nur einen eisernen Frieden im Auge. Ein freier Mann und ein freies Volk werden lieber sterben, als einem solchen Ehrgeiz sich unterwerfen.

Eine holländische Stimme zu Grey's Heuchelei.

(WTB.) Amsterdam, 16. Mai. Der „Standaard“ bemerkt zu dem Interview, das Sir Edward Grey einem Korrespondenten der „Chicago Daily News“ gab: Es ist das alte Lied, wie man sieht. Aber wie stellt man sich in England eigentlich die Vernichtung oder Unschädlichmachung des deutschen Militarismus vor? Muß Deutschland unter Kuratel gestellt werden? Darf das gefährliche tyrannische Preußen jenseits unserer Grenzen nicht mehr das große Wort führen? England will warmherzig sein und selbst an der Entfremdung des deutschen Volkes mitarbeiten. Ist aber nicht die Frage gestattet, ob dem deutschen Volk mit dieser Hilfe auch gedient ist? Nach der Begeisterung, die es bisher in dem Krieg an den Tag gelegt hat, muß es von den englischen Freiheitsidealen noch sehr wenig in sich haben. Die Deutschen können sich jedenfalls ganz gut selbst helfen. Wenn England um jeden Preis Völker erzüchten und frei machen will, soll es einmal in Britisch-Indien den Anfang machen. Unter den 300 Millionen dort gibt es noch genug zu tun.

Poincaré über die Friedensbedingungen der Entente.

(WTB.) Bern, 15. Mai. Bei einem Besuch in Nancy hat Präsident Poincaré eine Ansprache an die lothringischen Flüchtlinge gehalten, in der er sie der Zuneigung von ganz Frankreich versicherte und Erfüllung der armen verjagten Landeskinde nach Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit in ihrer alten Heimat zusagte. Er sagte u. a.: Frankreich wird seine Söhne nicht den Gefahren neuer Angriffe aussetzen. Die Mittelmächte suchen, gequält von Gewissensbissen wegen der Entfesselung dieses Krieges und entsetzt

über die Entrüstung und den Haß, den sie sich bei der ganzen Menschheit zugezogen haben, die Welt glauben zu machen, daß die Alliierten allein für die Verlängerung des Krieges verantwortlich sind. Eine plumpe Ironie, die niemand täuschen kann. Weder direkt noch indirekt haben unsere Feinde uns jemals Frieden angeboten. Aber wir wollen auch nicht, daß sie ihn uns anbieten. Wir wollen, daß sie uns darum bitten. Wir wollen uns ihren Bedingungen nicht unterwerfen. Wir wollen ihnen die unrigen diktieren. Wir wollen keinen Frieden, der dem kaiserlichen Deutschland die Bestimmung darüber ließe, von neuem Krieg zu beginnen, was für ganz Europa eine dauernde Drohung bedeuten würde. Wir wollen einen Frieden, der von dem wiederhergestellten Rechte eine ernsthafte Gewähr für das Gleichgewicht und seine Dauer empfängt. Solange dieser Friede nicht gesichert ist, solange unsere Gegner sich nicht für besiegt erklären, werden wir nicht aufhören zu kämpfen.

Serbien und die Entente.

(WTB.) Petersburg, 16. Mai. Das Presbureau des Ministeriums des Aeußern verbreitet über das Ergebnis der Verhandlungen Pasitschs in Petersburg die Mitteilung, daß die gut unterrichteten politischen Kreise mit großer Befriedigung die tatsächlichen Ergebnisse der Sendung Pasitschs feststellen, welcher nach einander Rom, London, Paris und Petersburg besucht hat. Die nationalen Ideale Serbiens seien von allen Ententemächten ohne Ausnahme mit Zustimmung begrüßt worden. Das anfänglich zwischen Italien und Serbien vorhandene Misstrauen sei freundschaftlichen Beziehungen gewichen, die die volle Zuversicht boten, daß alle Fragen bezüglich der adriatischen Küste zur Befriedigung beider Parteien gelöst werden.

Nach dem irischen Aufstand.

Amsterdam, 14. Mai. Wie aus London gemeldet wird, herrscht zwar in ganz Irland völlige Ruhe, und die Hauptstadt Dublin hat ihr gewöhnliches Aussehen wieder erlangt, aber der Belagerungszustand wird für die ganze Kriegsdauer bestehen bleiben, und viele Distrikte, die bisher keine Garnison besaßen, werden jetzt eine solche erhalten. Londoner Berichte lassen die Begnadigung Sir Roger Casements voraussehen.

Japans Beziehungen zu England und Rußland.

(WTB.) Kopenhagen, 14. Mai. Die Pet. Tel.-Ag. meldet aus Tokio: In der Gründungsversammlung eines Zweigvereins der Dohitai-Partei in Kioto ergriß Baron Kato das Wort zur Verteidigung des englisch-japanischen Bündnisses, das seiner Meinung nach die Grundlage der japanischen Politik bleiben müsse. Kato berührte auch die russisch-japanischen Beziehungen und meinte, für Rußland und Japan wäre ein Bündnis oder ein politisches Abkommen von Vorteil. Das würde den Gegenwartsaufgaben entsprechen und das englisch-japanische Bündnis ergänzen, ohne dessen Ziele zu stören. Japan müsse den Ententemächten zu einer siegreichen Beendigung des Krieges jede Hilfe leisten. Auf der kommenden Friedenskonferenz werde Japan gemeinsam mit Frankreich, England und Rußland vorgehen, würde jedoch keine großen Vorteile erwarten, da Japan nur einen kleinen Anteil am Krieg nehme und das auch nur im fernem Osten.

Von den Neutralen.

Protestliches aus Amerika.

(WTB.) Newyork, 15. Mai. Washingtoner Depeschen melden, die Regierung bereite einen Protest an England wegen seiner Politik vor, Verschiffungen von Hilfsmitteln des amerikanischen Roten Kreuzes, die für die Mittelmächte bestimmt waren, anzuhalten. Staatssekretär Lansing empfing einen Brief von dem früheren Präsidenten Taft, der jetzt Vorsitzender des Zentralkomitees des Roten Kreuzes ist, in dem dieser eine solche Maßnahme dringend fordert. Tafts Brief brachte es zum ersten Mal an den Tag, daß England es formell abgelehnt habe, die Erlaubnis für Verschiffung von Hilfsmitteln an die Mittelmächte zu geben, außer wenn sie für amerikanische Hospitäler und sonstige amerikanische Anstalten bestimmt sind. Diese Ausnahmen, sagt Taft, seien wertlos, weil infolge des Mangels an Mitteln seit Oktober letzten Jahres in den kriegführenden Ländern von Amerika keinerlei Anstalten unterhalten worden seien (was England selbstverständlich weiß). Taft sagte in seinem Brief: Die Leiter des amerikanischen Roten Kreuzes sind der Ansicht, daß gemäß der Haager Konvention, welche die Vereinigten Staaten und alle kriegführenden Mächte unterzeichnet haben, die Vereinigten Staaten ein vertragliches Recht haben, darauf zu bestehen, daß Artikel, die ausschließlich der Kranken- und Verwundetenpflege dienen und in Form von medizinischen

Artikeln von dem amerikanischen Roten Kreuz an das Rote Kreuz der Mittelmächte verschickt werden, nicht als Bannware erklärt werden, sondern ihnen die sichere Ueberfahrt an ihren Bestimmungsort gestattet werden müsse. — „Newyork Sun“ sagt in einer Depesche aus Washington, die anscheinend amtliche Ankündigung von Wilsons Absicht, an England über dies Stadium seiner Blockadepolitik eine Note zu senden, wird hier für bedeutungslos gehalten. Abgesehen von ihren offensichtlich menschenfreundlichen Beweggründen werde den Absichten des Präsidenten, die diplomatischen Erörterungen mit England, die während des kritischen Stadiums des Unterseebootskrieges zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeitweilig ruhten, wieder aufzunehmen, in diplomatischen Kreisen keine Bedeutung beigegeben. (In Deutschland auch nicht. Aber das amerikanische Volk soll den Eindruck von Wilsons Gerechtigkeitssinn gewinnen.)

Neue französische Anleihe in Amerika.

(WTB.) Bern, 15. Mai. Der „Neuen Züricher Zeitung“ zufolge wurde eine neue französische Anleihe mit der amerikanischen Bankfirma J. P. Morgan u. Co. unterzeichnet. Frankreich erhält 100 Millionen Dollar auf 3—5 Jahre gegen 5 Prozent Zinsen einschließlich der Bankprovision und gegen Hinterlegung eines Faustpfandes an neutralen Börsenwerten.

Vermischte Nachrichten.

Der neue Wirtschaftsreformplan ein Werk Delbrücks.

Berlin, 15. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer wirtschaftspolitischen Wochenschau: Blickt man heute, da die Erschütterung seiner Gesundheit den bisherigen Leiter des Reichsamts des Innern von der Kommandostelle abrufen, in der er als Leiter der inneren Kriegsführung die Armee der in der Heimat um den Sieg Ringenden führte, auf sein Kriegswerk zurück, so darf man ruhig sagen: Dieses Kriegswerk und sein Schöpfer werden vor der Geschichte bestehen. Von dem ersten großen Wurf der Regelung der Getreideverwaltung, gegen die es heute grundsätzliche Kritik überhaupt nicht mehr gibt, bis zu der letzten umfassenden und kühnen Konzeption grundlegender Reformen des Verordnungs- und Verwaltungsapparates der Lebensmittelerzeugung, mit dem der Scheidende der künftigen Entwicklung die Richtung gibt, ist die Delbrücksche Kriegsernährungspolitik ein restloses Streben nach immer vollkommenerer Organisation und Beherrschung der vorhandenen Kräfte und Mittel, ein nimmermüdes Suchen nach neuen Wegen, um die bisher nicht gekannten tausendfältigen Schwierigkeiten einer abgeschlossenen, durch den Krieg gegebenen und beeinträchtigten Beharungsdeckung zu überbrücken und zu überwinden. Krank und dringend der Erholung bedürftig hat er bis zuletzt die Arbeiten seines Amtes geleistet, gefördert, beschleunigt, die Vorbereitungen für den Kriegswirtschaftsplan des neuen Erntejahres sind im Reichsamt des Innern soweit abgeschlossen, daß er zu einem sehr frühen Zeitpunkt veröffentlicht werden können. Als sich allmählich herausstellte, daß gewisse Hemmungen in dem Aufbau der Verwaltung der organisatorischen und einheitlichen Durchführung zentraler Ernährungspolitik da und dort — ohne Verschulden der beteiligten Stellen und Behörden — im Wege standen, da entwarf Delbrück den Reformplan, mit dem selbst weiter zu arbeiten ihm ein tragisches Geschick versagt hat. Es ist noch nicht an der Zeit, diesen Plan zu erörtern, über diesen Einzelheiten von den zuständigen Stellen noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist.

Keine Schwarzseherei.

(WTB.) Berlin, 16. Mai. Der Rektor der Berliner Handelshochschule, Prof. Paul Elybacher, warnt in der „Kölnischen Zeitung“ vor Schwarzseherei und erklärt mit Bezug auf unsere Aussichten für ein eventuelles drittes Kriegsjahr, daß wir berechtigt seien, mit einer sehr viel größeren Entente zu rechnen. Hierdurch, sowie auch infolge besserer Verbindungen mit der Balkanhalbinsel dürften wir hoffen, reichlich mit Brot, Kartoffeln, Zucker und Milch versorgt zu werden. Mit Fleisch und Fett würden wir uns auch künftig einrichten müssen, aber es werde nicht mehr die bisherige Knappheit bestehen.

Einigung im Baugewerbe.

(WTB.) Hamburg, 15. Mai. Die heute im hiesigen Gewerkschaftshause abgehaltene Reichskonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat den Beschlüssen der auf Anregung des Reichsamts des Innern am 3. Mai zusammengesetzten Konferenz des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der im Baugewerbe bestehenden Arbeiterorganisationen betreffend Fortdauer des Reichstarifvertrags bis zum 31. März 1917 und auf ein weiteres Jahr, wenn bis zum 31. Dezember 1916 mit einer der feindschaftlichen europäischen Großmächte ein Friede noch nicht abge-

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Butter.

Die Landesversorgungsstelle hat auf Grund der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. April 1916 bestimmt:

Die für den Monat Juni auszugebenden Buttermarken tragen erstmals Ordnungszahlen, bei monatlich drei Marken also die Zahlen I, II, III. Die Marke mit der Zahl I entspricht dem Zeitraum vom 1. bis 10., diejenige mit der Zahl II dem Zeitraum vom 11. bis 20. und diejenige mit der Zahl III dem Zeitraum vom 21. bis zum letzten des Monats. Die Händler (ebenso auch die Buttervermittler) sind bei Knappheit ihrer Vorräte berechtigt, die Abgabe von Butter gegen Marken, die nach ihrer Ordnungszahl einem späteren Monatsabschnitt entsprechen, zu verweigern. Wird also beispielsweise dem Händler am 7. Juni eine Marke mit der Ordnungszahl II oder am 15. Juni eine Marke mit der Ordnungszahl III vorgewiesen, so ist er nicht verpflichtet, dagegen Butter abzugeben.

Hingewiesen wird noch darauf, daß die Händler bei Knappheit ihrer Vorräte ferner berechtigt sind, einem Käufer jeweils nicht mehr als ein Viertelpfund Butter abzugeben und die Abgabe von Butter gegen Marken aus solchen Orten zu verweigern, deren Bewohner nicht regelmäßig auf den Butterbezug vom Orte des Geschäftsführers des Händlers angewiesen sind.

Gegen Händler, die diese Befugnisse mißbrauchen, mußte entsprechend vorgegangen werden.

Calw, den 15. Mai 1916.

A. Oberamt: Binder.

Verfügung des Ministeriums des Innern, betreffend das Ausmahlen von Brotgetreide.

Die Ziffer 3 der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, betreffend das Ausmahlen von Brotgetreide, vom 25. Januar 1915 (Kriegsbeilage I Seite 70, Staatsanzeiger Nr. 20), erhält folgenden weiteren Inhalt:

„Die Einträge im Mahlbuch müssen dem Sachverhalt entsprechen.“

Stuttgart, den 9. Mai 1916.

Fleischhauer.

Vorstehende, im Staatsanzeiger Nr. 108 erschienene Ministerial-Verfügung wird hiemit zur Nachachtung veröffentlicht.

Calw, den 12. Mai 1916.

A. Oberamt: Binder.

Bezug von Zuckerruttermitteln.

Bestellungen von

Rohzucker, Häckseln und Torfmelasse, sowie von getrockneten Zuckerschneideln

nimmt die Oberamtspflege bis 23. Mai entgegen.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Zuckerruttermittel knapper werden und daß es sich em-

schließen ist, und den vereinbarten Feuerungszulagen einstimmig zugestimmt. Ferner wurde beschlossen, den Familien der im Felde stehenden Mitglieder zum Pfingstfest eine Unterstützung zu zahlen, die etwa 1% Millionen Mark erfordert wird.

Einführung der Eier- und Butterkarten in Baden.

Ueber die Versorgungsregelung mit Eiern hat das Ministerium eine Verordnung herausgegeben, die sich in ihren wesentlichen Punkten mit den neuen Bestimmungen über die Butterversorgung deckt. Verboden ist künftig die Verfertigung der Eier an auswärtig wohnende Angehörige. Die Eier werden vielmehr gleichfalls von einem vom Kommunalverband bestellten Aufkäufer gekauft und dürfen nur auf dem Wochenmarkt unmittelbar an die Verbraucher abgesetzt werden. Auch der hauserweise Verkauf von Eiern ist untersagt. Die Abgabe von Eiern ist nur noch gegen Eierkarte zulässig; die Karte lautet vorläufig auf 3 Eier in der Woche für den Kopf der Bevölkerung. Wenn bei der Bestandaufnahme der Eier die Eiervorräte 20 Stück in einem Haushalt übersteigen, werden sie vom 1. Oktober 1916 ab auf den zulässigen Wochenverbrauch derart zur Abrechnung gebracht, daß für diese Vorräte keine Eierkarten ausgestellt werden. Bei kleineren Vorräten findet die Anrechnung vom 1. Dezember 1916 ab statt. Uebersteigen die eingelegten Eiervorräte den zulässigen Verbrauch im kommenden Winter, so werden die überschüssigen Mengen vom Kommunalverband angekauft.

Das Ministerium hat soeben eine Verordnung über die Versorgungsregelung mit Butter erlassen. Danach bestellen künftig die Kommunalverbände für jede Gemeinde ihres Bezirks einen oder mehrere zuverlässige Aufkäufer, welche ausschließlich befugt sind, die in der Gemeinde hergestellte Butter von der Erzeugern zu kaufen. Als Aufkäufer können auch landwirtschaftliche Vereinigungen bestellt werden. Die Hersteller der Butter dürfen die in ihrem Betrieb hergestellte Butter nur auf dem Wochenmarkt unmittelbar an die Verbraucher absetzen. Diejenige Butter, welche sie im Haushalt nicht benötigen, muß an die bestellten Aufkäufer abgegeben werden. Auch die unentgeltliche Abgabe von Butter und die Verwendung von Butter an auswärtig wohnende Angehörige ist verboten. Ebenso ist der hauserweise Vertrieb der Butter

untersagt. Die Abgabe von Butter ist nur noch gegen Butterkarte zulässig. Für Gastwirtschaften usw. bestehen besondere Vorschriften.

Calw, den 15. Mai 1916.

Reg.-Rat Binder.

Fleischkarten, Zucker- u. Seifenbezugscheine.

Von einigen Schultheißenämtern ist die Bestimmung des § 10, Abs. 3 der Ministerialverordnung vom 6. April 1916 über Regelung des Fleischverbrauchs, Staatsanzeiger Nr. 82, daß Fleischkarten nur insoweit auszugeben werden dürfen, als der Antragsteller ihrer zur Deduktion des Fleischbedarfs seines eigenen Haushalts bedarf, für undurchführbar erklärt worden, nachdem der Haushaltungsvorstand nunmehr für jedes seiner Angehörigen der Fleischkarten bedürfe, um Zucker und Seife zu erlangen.

Diese Auffassung ist nicht richtig.

Die Verfügungen des K. Ministeriums des Innern vom 29. April 1916 über den Verkehr mit Verbrauchszucker und betreffend den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen, Staatsanzeiger Nr. 100, schreiben vor, daß Zucker und Seife nur an solche Verbraucher abgegeben werden dürfen, die im Besitze einer württembergischen Fleischkarte oder eines Zucker- oder Seifenbezugscheines sind. Der Haushaltungsvorstand erhält also für diejenigen Mitglieder seiner Haushaltung, welche keine Fleischkarten erhalten, Bezugscheine für Zucker oder Seife (vergl. §§ 3 bezw. 2, Abs. 3 der erwähnten Verfügungen). Bei dieser Handhabung läßt sich die erwähnte Bestimmung der Ministerialverordnung vom 6. April 1916 ohne Anstand durchführen.

Es scheint übrigens, daß die Ortsvorsteher bei der Ausgabe der Fleischkarten den Grundsatz des § 10, Abs. 3 a. a. O. nicht genügend beachten und daß die Bestimmung der Unübertragbarkeit der Karten vielfach übertreten wird.

Die Fleischkartenausgabestellen werden auf Einhaltung der Bestimmung des § 10, Abs. 3 der Ministerialverordnung vom 6. April 1916 nachdrücklich hingewiesen. Im Interesse des mit der Einführung der Fleischversorgung verfolgten Zweckes muß darauf bestanden werden, daß genannte Bestimmung durchgeführt wird; andernfalls wird sich die Notwendigkeit einer bedeutenden Herabsetzung des seitherigen Rennwerts der Fleischkarte ergeben.

Calw, den 13. Mai 1916.

A. Oberamt: Binder.

Hülsenfrüchte.

Dem Kommunalverband wurden einige Zentner ganze Erbsen zugeeilt.

Bei Herrn Kaufmann Dreiß in Calw, welchem der Verkauf von Hülsenfrüchten übertragen wurde, können von Seiten der Kleinhändler

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Mai 1916.

Schwarzwälder Helden.

Auszeichnung des Unteroffiziers Friedrich Kentschler der 3. Kompagnie Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 121, aus Altburg, Oberamts Calw, mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse sowie der goldenen Militär-Verdienstmedaille und besondere Veranlassung hiezu:

(R. M.) Kentschler ist der unermülichste Patrouillengänger der Kompagnie. Seit September 1914 im Felde stehend und schon einmal schwer verwundet, ist er immer dabei, wenn es gilt, irgend etwas auszukundschaften oder dem Feinde Schaden zuzufügen. Das Bataillon ist in Stellung 30-40 Meter dem Feind gegenüber. Ein Stück des Grabens, das in einem gänzlich zusammengehöhenen Wäldchen liegt, wird fortwährend durch flankierendes Feuer des Gegners belästigt, ohne daß es lange Zeit möglich ist, festzustellen, woher das Feuer kommt. Wiederholt kriecht Kentschler erst allein, dann mit seinem Zugführer an den feindlichen Graben, bis er auf zwei vorgebaute Blockhäuser stößt, die sehr gut eingedeckt sind und aus denen der Gegner das Flankfeuer abgibt. Diese beiden Blockhäuser gilt es zu beseitigen und zwar kann das nur durch Sprengung von außen her geschehen. Kentschler unterzieht sich dieser gefährlichen Aufgabe zusammen mit seinem Zugführer und zwei Pionieren in so geschickter Weise, daß es gelingt, die lästige Flankierungsanlage trotz des gegnerischen Feuers ohne eigene Verluste vollkommen zu beseitigen. Das Eisene Kreuz 1. Klasse und die Goldene Militär-Verdienstmedaille sind der wohlverdiente Lohn für sein tapferes Verhalten.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus den württembergischen Verlustlisten Nr. 385 und 386.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 119.

Rugele, Jakob, Altburg, l. verw. b. d. Z. — Hamann, Jakob, Oberollwangen, l. verw. b. d. Z.

ganze Vittoria-Erbsen

zum Preise von 40 $\frac{3}{4}$ für das Pfund gegen Vorkasse und Barzahlung abgeholt werden.

Im Kleinverkauf an den Verbraucher darf der Preis von 45 $\frac{3}{4}$ für das Pfund nicht überschritten werden.

Calw, den 15. Mai 1916.

A. Oberamt: Binder.

Halbarmachen von Eiern.

Für die Gesuche um die Erlaubnis zur Halbarmachung von Eiern und die Anzeigen der Eierhändler gemäß der Bekanntmachung der Landesversorgungsstelle über das Halbarmachen von Eiern vom 3. Mai 1916, „Calwer Tagblatt“ Nr. 109, sind auf dem Oberamt besondere Vordrucke zu haben.

Calw, den 13. Mai 1916.

A. Oberamt: Binder.

Bekanntmachung

über die Ausstellung von Heimatscheinen und Staatsangehörigkeitsausweisen.

Nach dem Erlass des K. Ministeriums des Innern vom 28. März 1916 — Ministerialamtsblatt S. 69 — müssen Staatsangehörigkeitsausweise und Heimatscheine bis auf weiteres auf der Rückseite mit einer Personalbeschreibung und mit einer Photographie des Inhabers aus neuester Zeit mit dessen eigenhändiger Unterschrift unter der Photographie, sowie mit einer Bescheinigung des Oberamts dahin versehen sein, daß der Inhaber die durch die Photographie dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Heimatscheine haben auf der ersten Seite außerdem auch künftig die eigenhändige Unterschrift des Inhabers zu erhalten.

Von den Familienangehörigen des Inhabers dürfen Kinder in den Staatsangehörigkeitsausweisen und in den Heimatscheinen bis auf weiteres in der Regel nur insoweit vermerkt werden, als sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, während für ältere Kinder besondere Staatsangehörigkeitsausweise und Heimatscheine auszufertigen sind. Ueber die in diesen Ausweispapieren vermerkten Familienangehörigen ist ebenfalls eine Personalbeschreibung und eine bescheinigte Photographie mit Unterschrift erforderlich, bei Kindern jedoch nur insoweit, als sie das 12. Lebensjahr bereits vollendet haben.

Die Herren Ortsvorsteher wollen daher die betr. Gesuchsteller bei der Entgegennahme der Anträge darauf aufmerksam machen, daß sie beim Oberamt persönlich zu erscheinen haben.

Heimatscheine für im Auslande — auch in der Schweiz — lebende Personen dürfen bis auf weiteres ohne Ausnahme nur durch Vermittlung der betreffenden Konsulate ausgehändigt werden. Diese werden ebenfalls nach Vorstehendem verfahren.

Calw, den 28. April 1916.

A. Oberamt: Binder.

Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 120. Walz, Gottlieb, Holzbrunn, l. verw. — Reichert, Karl, Ulffz., Stammheim, l. verw.

Infanterie-Regiment Nr. 126, Straßburg. Furtmüller, Karl, Stammheim, gef. — Riepp, Hermann, Stammheim, schw. verw. — Gaug, Rudolf, Gestr., Ostelsheim, l. verw. — Bertsch, Jakob, Altburg, l. verw.

Feld-Artillerie-Regiment Nr. 116. Göz, Wilhelm, Gestr., Stammheim, l. verw. b. d. Z.

Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 54. Fehrer, Albrecht, Feld-U.-Arzt, Calw, l. verw.

Berichtigungen. Infanterie-Regiment Nr. 125, Stuttgart. Zu Verlustliste Nr. 115: König Hermann, (nicht Friedrich) Gestr., Ostelsheim, l. verw.

Infanterie-Regiment Nr. 126, Straßburg. Zu Verlustliste Nr. 7: Grobhanz, Georg, Oberhaugstett, (nicht Teinach) l. verw. — Zu Verlustliste Nr. 21: Erhardt, Gustav, (nicht August), Unterreichenbach, (nicht Reichenbach), verw.

Aus den preussischen Verlustlisten Nr. 507 bis 510. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 81. Schmidt, Adolf, Ulffz., Calw, gef.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 250. Dupling, Wilhelm, Unterreichenbach, schw. verw. — Straile, Jakob, Ulffz., Althengstett, verm.

Die Pflicht der deutschen Heimat im Weltkriege.

war das Thema, über welches am letzten Sonntag der Vertreter der schwäbischen Vereinigung für Kriegsvorträge, Redakteur Krieg in Stuttgart, Vorträge in Neubulach und Neuweiler hielt. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht und wurden vom Herrn Regierungsrat Binder geleitet. Es ist nicht möglich, in dem engen Rahmen eines kurzen Berichts die eindrucksvollen und packenden Ausführungen des Vortragenden zu schildern, sie decken sich etwa mit den Schlussworten des Vortrags in Neuweiler:

„Ein Hochverräter, wer in dieser Zeit Die deutschen Herzen stimmt zu Furcht und Leid, Wer zagen Zweifel in die Seelen trägt, Wer nicht des Sieges sichere Hoffnung hegt, Wer würdelos gefangene Feinde ehrt Und mitleidlos des Volkes Räte mehrt,

Wer weidlich weint um kleinen eignen Schmerz,
Wer nicht den Willen stählt zu hartem Erz,
Wer prahlt und prunkt und träge abseits steht,
Wer nicht zu Gott um Sieg und Segen fleht!"

Dem Redner wurde vom Vorsitzenden der wärmste Dank ausgesprochen und Herr Regierungsrat Binder ergänzte sodann die Vorträge durch weitere Ausführungen, insbesondere wies er darauf hin, daß durch die lange Dauer des Krieges die Schwierigkeiten der Volksernährung von Tag zu Tag wachsen. Seit Beginn des Krieges seien mehr als 600 Gesetze und Verfügungen erlassen worden, die eben durch die Versorgung unserer Millionenheere mit Lebens- und Futtermitteln, mit Munition usw. und durch die Fürsorge für die Ernährung des deutschen Volkes notwendig geworden seien. Daß diese Verfügungen für viele lästig und drückend seien, sei nicht zu umgehen, ganz ungegünstig sei es aber, hierfür den Oberamtmann, die Ortsvorsteher und die Landjäger verantwortlich zu machen. Diese seien nur die ausführenden Organe der Staatsgewalt und handeln nur in Ausübung ihrer Dienstpflicht. Mehr Mäßigung in den Neuierungen über die Kriegsmassnahmen sei sehr zu empfehlen. Im übrigen sei es bis jetzt der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Krieg nicht schlecht gegangen. Daß keine Not vorhanden ist, beweisen die Einlagen in den Sparkassen, Banken und Darlehenskassen, sowie die Zeichnungen von Kriegsanleihe. Herr Regierungsrat Binder verlas sodann den Brief eines Feldgrauen von der Front, der zum Durchhalten auffordert, schilderte die für uns sehr günstige Kriegslage an den verschiedenen Fronten im Westen und Osten und schloß mit der Aufforderung, durchzuhalten bis zu einem siegreichen Ausgang des Krieges.

In der an die Vorträge sich anschließenden Aussprache wurde hauptsächlich darüber geklagt, daß die Hauschlachtungen, welche in der Zeit vom Inkrafttreten des Verbots bis zur ortsüblichen Bekanntmachung vorgenommen wurden, vom Landjäger angezeigt und mit sehr erheblichen Strafen belegt worden seien. Dies habe große Erbitterung in den ländlichen Kreisen hervorgerufen. Herr Regierungsrat Binder

teilte darauf mit, daß der Verein der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten des Oberamtsbezirks Calw vor kurzem ein Gesuch an die Oberstaatsanwaltschaft gerichtet habe, es möchten Verfehlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise und das Verbot der Hauschlachtungen, welche vor Bekanntgabe im Bezirksamtsblatt erfolgten, straffrei gelassen werden, und daß folgende Antwort darauf eingegangen sei: „Die Staatsanwaltschaften seien angewiesen, in allen Fällen, in denen die Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Hauschlachtungen nachweislich vor der ortsüblichen Bekanntmachung geschehen seien, vorläufig mit der Stellung von Anträgen auf Erlassung von Strafbefehlen zurückzuhalten.“ Auf Grund dieser Anordnung sei anzunehmen, daß, wenn gegen die schon erlassenen Strafbefehle Widerspruch erhoben werde, entweder Freisprechung oder Herabsetzung der Strafen zu erhoffen sei. Mit Befriedigung nahmen die Anwesenden von diesen Erklärungen Kenntnis und es ist zu hoffen, daß die beiden Versammlungen aufklärend gewirkt haben und zur Milderung der Mißstimmung der Landbevölkerung gegen die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen beitragen werden.

Von der Zuckerwarenindustrie.

Die Vereinigung Württ. Zuckerwarenfabrikanten hielt am letzten Samstag ihre diesjährige Generalversammlung ab, bei der die Württ. Zuckerwaren-Industrie fast vollständig erschienen war. Auch die Vertreter der Zuckerwarenfabrikanten von Bayern sowie von Südwest-Deutschland nahmen an der Sitzung teil. Es kamen wichtige Fragen zur Erörterung. Besonders befaßte sich die Versammlung mit den großen Schwierigkeiten, in die die Industrie dadurch versetzt ist, daß ihr durch Bundesratsverordnung am 1. Januar d. J. nur noch gestattet ist, 50 Prozent der bisherigen Zuckermenge zu verarbeiten. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß diese bedeutsame Beschränkung, die das Gewerbe im Interesse des Vaterlandes bisher willig

auf sich genommen habe, keine weitere Verschärfung erfahre, weil sonst die Zuckerwarenindustrie sowie die Interessen ihrer zahlreichen Arbeitnehmer aufs schwerste gefährdet würde. Zum Vorstand wurde wieder der bisherige Vorsitzende, Hermann Spachmann in Firma Wederle u. Bofinger gewählt.

Wutmaßliches Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Unter dem Einfluß feuchter Luftströmungen ist für Mittwoch und Donnerstag Fortsetzung des zum Teil bewölkten und auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigten, ziemlich kühlen Wetters zu erwarten.

* Reife Erdbeeren. Wie man uns mitteilt, sind in einem Garten im „Stedenäckerle“ verschiedene Stöckchen Erdbeeren gereift, was wohl als Seltenheit für diese Jahreszeit betrachtet werden muß.

(SGB.) Von der Enz, 15. Mai. In seiner Abwesenheit zeigte das Kontormädchen des Bijouteriefabrikanten Oskar Leicht in Pforzheim eine Butterhändlerin an, die ins Haus kam und Butter zu 2,30 Mark (also über den Höchstpreis) verkaufte. Auch die Hausbesitzerin als Abnehmerin wurde vernommen und machte ihrem Mieter Leicht darum Vorwürfe. Leicht geriet nun so in Zorn, daß er mit einem Stuhl auf das Mädchen einschlug, es am Hals und an den Haaren faßte, zu Boden warf und ihm Fußtritte versetzte. In der Schöffengerichtsverhandlung, in der der Staatsanwalt gegen Leicht eine mehrmonatige Gefängnisstrafe beantragte, erlitt das Mädchen einen Anfall als Folge der Mißhandlung. Das Urteil wurde verlagert, um erst noch ein ärztliches Gutachten einzuholen.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Dellhäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Gedenket der Roten-Kreuz-Sammelstellen!

Ämtliche und Privat-Anzeigen.

Gemeinde Althengstett.

Langholz-Submission.



Die Gemeinde bringt im Submissionsweg zum Verkauf:

Lang- und Klotzholz	278,59 Fm. I. Klasse, 481,08 Fm. II. Klasse, 209,96 Fm. III. Klasse,
Bauholz	74,60 Fm. IV. Klasse, 56,95 Fm. V. Klasse.

Schriftliche Angebote auf einzelne Lose sind bis spätestens Montag, den 22. Mai 1916, vormittags 1/9 Uhr, zu welcher Zeit die Öffnung stattfindet, beim Schultheißenamt mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ verschlossen einzureichen. Auszüge sind vom Waldmeisteramt erhältlich. Bedingungen liegen auf dem Rathaus auf.
Den 15. Mai 1916.

Gemeinderat.

Dr. Mezger

nimmt am Mittwoch seine Praxis wieder auf.

Sprechstunden Werktags um 4 Uhr.
(Dienstag und Freitag unsicher.)
Sonntags nur in dringenden Fällen.

Futterkalk Marke B,

für Vieh und Schweine das Beste!

Friedrich Volz, Oberreichenbach.

6 Maurer u. 6 Tagelöhner

finden Arbeit am Neuban Blank in Calw.

Sendet Bücher ins Feld!

2—3 Eimer guter neuer Mist

wird zu kaufen gesucht.
Paul Konnenmann, Dirjan, zum „Waldhorn“.

Singstunde

Mittwoch abend,
1/9 Uhr Bad. Hof B.

Bäckerlehrlings-Gesuch.

Ein wohlzogener Junge wird sofort in die Lehre genommen.
P. Hahn, Bäckerei mit elektr. Betrieb, Pforzheim-Dillstein.

Ein tüchtiger, in der Landwirtschaft erfahrener

Pferdeknecht

kann eintreten bei
Ludwig Hiller, zum „Schiff“.

Für die bevorstehende

Erntezeit

empfehle:

Heugabeln,
Streugabeln,
Dunggabeln,
Grassensen,
Streusensen,
Sicheln,

Silberer Weg-
steine sowie
sämtliche
Ersatzteile,

Friedrich Volz, Oberreichenbach.

Zwei gebrauchte guterhalt.

Gabelheuwender

hat billig abzugeben
Gg. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte.

Zuckerbezugscheine

liefert rasch die Druckerei d. Bl.

Calw, den 15. Mai. 1916.

Statt jeder besonderen Mitteilung.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter



Marie Beißer Witwe,
geb. Vogt,

im Alter von 71 Jahren heute abend 8 Uhr infolge Schlaganfalls sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Erh. Kern und Frau Emma, geb. Beißer.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 5 Uhr statt! Trauerhaus Marktplatz 42.



Zugtiere u. hochträcht. Kalbel

verkauft im Auftrag
Jakob Brenner, Unterhändler, Emmingen.

Grasmähmaschinen und Heuwender,

bestes deutsches Fabrikat,

empfiehlt

Chr. Paul Rau, Fabrik landwirtsch. Maschinen, Wildberg.